Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Welt am Jahreswechsel 1978/79

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Die Welt am Jahreswechsel 1978/79

«Nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten», wird vom Zweiten Vatikanischen Konzil zur «Pflicht der Kirche» erklärt. (Pastoralkonstitution «Ueber die Kirche in der Welt von heute», Nr. 4) Das «Volk Gottes» müsse sich, «vom Geist des Herrn geführt», darum bemühen, «in den Ereignissen, Bedürfnissen und Wünschen, die es zusammen mit den übrigen Menschen unserer Zeit teilt, zu unterscheiden, was darin wahre Zeichen der Gegenwart oder der Absicht Gottes sind» (Nr. 11).

Auch unsere Rubrik «Zeichen der Zeit» ist ein Versuch, aus dem Glauben an das nahende Gottesreich weltpolitische wie landespolitische Entwicklungen zu kommentieren. Der Versuch kann freilich nur gelingen, wenn er von den Lesern der «Neuen Wege» und ihren Vereinigungen getragen wird. Unsere Gemeinschaften sind dazu umso mehr berufen, als die etablierten Großkirchen diesen Auftrag mit Rücksicht auf ihr bürgerliches Stammpublikum nur sehr beschränkt wahrnehmen können.

Es sind weltpolitische «Zeichen», auf die wir am Ende des Jahres 1978 achten wollen. Gewiß kann hier nicht von allen Ereignissen die Rede sein, die uns angehen. Die Auswahl beschränkt sich vielmehr auf einige wenige, die eine längerfristige Entwicklung einleiten könnten. Zu ihnen gehören die neue Leitung der katholischen Kirche, die Dynamik der Menschenrechte, die Hintergründe kriegerischer Konflikte im zu Ende gehenden Jahr, neue Fragen der Abrüstung, die Friedensperspektiven im Nahen Osten, die Terrorwelle in westlichen Industriestaaten und der Stand der politischen Auseinandersetzung mit den weltweiten Oekologieproblemen.

Der Tod Albino Lucianis

Die kirchenpolitische Deutung des Uebergangs von Paul VI. zu Johannes Paul I. im Septemberheft der «Neuen Wege» hatte kaum die Druckerpresse verlassen, als die Nachricht vom Tod des neuen Papstes eintraf. Die Frage nach dem Sinn dieses scheinbar sinnlosen Pontifikates war gestellt. Sie stellt sich noch heute, obschon oder gerade weil sie ob der spektakulären Wahl des Nachfolgers nur allzu leicht verdrängt wird.

Das Grab des Luciani-Papstes liegt demjenigen von Papst Marcellus II. gegenüber. Als dieser 1555 nach einer ebenso kurzen Amtszeit von nur 25 Tagen starb, deutete der Historiker Panvini den un-

erwarteten Tod mit dem Vergil-Zitat: «Das Schicksal wollte ihn nur zeigen.» Wollte «das Schicksal» auch den «September-Papst» des Jahres 1978 «nur zeigen»?

Einen Tag nach der Todesnachricht hat der Pariser Korrespondent des Mailänder «Corriere della Sera» die Frage gestellt: «Liegt darin nicht ein 'Zeichen' des Himmels für das, was am Ende des zweiten Jahrtausends die Sendung des Papstes sein könnte: Nur kurz zu leben, ganz kurz zu regieren und gleich nach der Wahl auf unerklärliche Weise zu sterben, gerade um der heutigen Welt in Erinnerung zu rufen, daß es 'Geheimnisse' gibt, außerordentliche Ereignisse, die Möglichkeit unmöglichen Geschehens?» Der Tod des Papstes als Nachklang des mittelalterlichen «Memento mori» in unserer Zeit? Der Frage ist der Sinn nicht abzusprechen. Und trotzdem ist sie eine Spur zu erbaulich, zu sehr geeignet, von einer anderen, recht eigentlich systemkritischen Frage abzulenken.

«Der Herr hat mich unerwartet auf einen andern Weg geführt», hieß es in einem handgeschriebenen Brief des eben Gewählten an italienische Fremdarbeiter, mit denen er sich noch als Patriarch von Venedig auf den 10. September in Einsiedeln verabredet hatte. Der Satz ist zum Vermächtnis geworden. Albino Luciani versuchte, in der «Nachfolge Christi» zu stehen, auch wenn sich die Nachricht als falsch erwies, daß der tote Papst mit dem gleichnamigen Buch des Thomas von Kempen gefunden worden sei. Tatsächlich waren es Notizen über Umbesetzungen im Vatikan und über die seltsamen Machenschaften des Papst-Bankiers Marcinkus, die in den verkrampften Händen des Toten lagen.

Inwiefern der «Stellvertreter Christi» überhaupt in der «Nachfolge Christi» stehen kann, inwiefern es nicht zum Selbstverständnis seines Amtes gehört, den Mächten der Welt «gleichförmig» (Röm. 12, 2) zu werden, mit ihnen zu paktieren und sich von ihnen vereinnahmen zu lassen, das ist die entscheidende Frage, die uns das Ableben Albino Lucianis stellt. Seine Unsicherheit, die den Vatikan zum Pfarrhaus «degradierte», seine Hilflosigkeit, die sich Hilfe vom unmittelbaren Kontakt mit dem einfachen Volk, dem eigentlichen «Volk Gottes», versprach, und vermutlich auch seine tiefe Abneigung gegenüber der kurialen Bürokratie haben zu einem Zwiespalt zwischen dem «Nachfolger Christi» und dem «Stellvertreter Christi», zwischen geistlichem Anspruch und weltlichen Mitteln seiner Durchsetzung, zwischen Dienst und Herrschaft geführt, der im buchstäblichen Sinne tödlich war.

Die Gerüchte von einem unnatürlichen Tod sind nicht einfach nur auf die Ablehnung der Obduktion der Leiche, auch nicht nur auf die allgemeine Erschütterung eines vom Terror gepeinigten Landes zurückzuführen; wie eine Legende enthalten sie als Kern die Wahrheit, daß

der Papst ein Opfer der «institutionellen Einsamkeit» (Kardinalsdekan Confalonieri), ja der «institutionellen Gewalt» seines Amtes wurde, die sich für einmal gegen ihren Träger kehrte, weil er sie nicht tragen wollte und konnte.

Das Zeichen, das von diesem Tod ausgeht, sollte vor allem die katholische Kirche zur Besinnung mahnen. Sie muß sich fragen und fragen lassen, wie das «Petrusamt» strukturiert und ausgeübt werden könnte, um der Kirche und der Welt weniger mit dem Primat der Macht gegenüberzutreten und mehr mit dem Primat der Liebe (Joh. 21, 15—19) zu dienen.

Der Papst aus dem Osten

«Die Erfahrungen mit Johannes Paul I., der fast als Fremdling einen Monat den Apostolischen Palast bewohnte, haben allen gegenteiligen Bekenntnissen zum Trotz vielleicht ihre Wirkung getan und den Ruf nach Führungsqualitäten gestärkt.» Zutreffender könnte man den Verdrängungsmechanismus nach dem Tode des Luciani-Papstes kaum umschreiben als mit diesen Worten der NZZ vom 12. Oktober. Die — etwa auch von Kardinal Höffner erhobene — Forderung nach einem Papst «mit größerer Verwaltungserfahrung» (TA vom 16. Oktober) ließ das September-Pontifikat Lucianis nur noch als tragisches statt als exemplarisches Intermezzo erscheinen.

Der Nachfolger, Johannes Paul II., hat zweifellos «Erfahrung», sowohl im Umgang mit dem kirchlichen Apparat als auch im Umgang mit «den Kommunisten». «Naivität» ist nicht zu erwarten. Umso mehr hofft das klerikale Milieu auf eine starke Hand, die der «Kontestation» Einhalt gebietet, um die Kirche auch nach außen hin wieder mit «geordneten Reihen» antreten zu lassen. Gegen wen?

Wird die konservative Rechnung mit dem — gewiß nicht progressiven — Karol Wojtyla aufgehen? Die Sensation, daß seit 1522 erstmals wieder ein Ausländer Papst wurde, darf jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich schon viele Ausländer an der Kurie «römischer als die Römer» verhielten. Diese «Assimilation» liegt besonders nahe, wenn der Ausländer aus der polnischen Kirche kommt, von der man sagt, sie sei «päpstlicher als der Papst». Schon in seiner ersten Rundfunkbotschaft vom 17. Oktober begründete der neue Papst seine «Amtsverpflichtungen» denn auch mit den ebenso üblichen wie problematischen Schrift-Zitaten, die als «Beweise» für die päpstlichen Primatsansprüche gelten. Die Forderung nach Geschlossenheit scheint die wichtigere Frage zu überdecken, wie man heute sein Christsein mit intellektueller Redlichkeit verbinden kann.

Entgegen der Hoffnung progressiver Kommentatoren ist der Tiber

durch diese Wahl auch politisch nicht ohne weiteres «breiter» geworden. Das Argument vor allem westdeutscher Kardinäle für die Wahl Wojtylas war die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem «Kommunismus». Daß dazu ein Papst aus dem «Ostblock» besser geeignet ist als ein westlicher Antikommunist, versteht sich von selbst. In Richtung Osten sollte die Wahl demonstrieren, daß — wie die Londoner «Times» frohlockte — «eine kommunistische Partei nicht unbesiegbar ist». In Richtung Westen sollte jener Antikommunismus Auftrieb erhalten, der insbesondere den «Eurokommunisten» jeden moralischen Kredit abspricht.

In welcher Weise Johannes Paul II. den Tiber «überschreiten» könnte, zeigt ein Artikel seines Vorgängers, den dieser noch als Patriarch von Venedig in der Zeitschrift «Prospettive nel Mondo» schrieb. Darin bezweifelte er die Abkehr der KPI vom Leninismus und warnte seine Amtsbrüder mit den Worten eines «polnischen Bischofs»: «Paßt auf, dieser Schachzug ist klassisch. Wir kennen ihn gut, es geht den Kommunisten um die Spaltung des italienischen Episkopats. Ein kleiner Riß soll zur Kluft erweitert werden. Ihr italienischen Bischöfe seid besonderen Gefahren ausgesetzt. Einer von euch geht von der allgemeinen Linie ab, gleich wird er von den sogenannten demokratischen Katholiken, den Christen für den Sozialismus und allen Organen der Linksparteien als aufgeschlossen und zeitgemäß bezeichnet, während die andern als hinterwäldlerisch, reaktionär, vorkonziliar hingestellt werden. Der polnische Episkopat ist dieser Taktik mit eiserner Opposition begegnet. Dies war unsere Stärke.» Der Name des polnischen Gewährsmannes: Karol Wojtyla, heute Papst Johannes Paul II.

Ein «Papst für das Jahr 2000» könnte Karol Wojtyla werden, wenn er sich vom Antikommunismus seiner Wahlmänner löste. Nichts hat unsere waffenstarrende Welt nötiger als eine Verständigung zwischen Ost und West. Ein Papst, der sich in den Dienst dieser Verständigung stellen würde, wäre ein wahrer «Pontifex», ein «Brückenbauer» zwischen Völkern, die dem Rüstungswettlauf wie einem Massenwahn verfallen sind. Die Welt braucht die Kirche nicht als «feste Burg», sondern als Ort der Versöhnung. «Der Sohn eines Volkes, das durch die Hölle des Krieges ging», wie der Sprecher der polnischen Regierung den neuen Papst begrüßte, hat nicht nur «Erfahrung mit den Kommunisten», sondern auch Erfahrung mit den Greueln des Krieges. Beide Erfahrungen könnten sich zur Gewißheit vereinigen, daß die «Verteidigungsanstrengungen» in West und Ost auf Phantome gerichtet sind.

Der neue Papst dürfte auch wissen, daß die eigentlichen Probleme des Materialismus nicht die philosophischen sind, die der Dialektische Materialismus vorträgt, sondern die menschlichen und politischen, die als Vergeudungs- und Unterdrückungskapitalismus die westliche Welt

vergiften. Man sagt Polen wie allen andern Oststaaten nach, daß sie der Dritten Welt näher stehen als den kapitalistischen Konsumnationen. Die «Herausforderung an die materialistischen Kräfte», als welche konservative Blätter (NZN vom 18. Oktober) die Wahl des neuen Papstes feierten, könnte daher bald einmal jenen gelten, die ihren Materialismus mit «hohem C» zu verbrämen pflegen.

Kirchenpolitisch bliebe der neue Papst selbst dann noch ein Konservativer, wenn er den Zentralismus des römischen Systems weiter abbauen würde. Dieser Zentralismus ist diktiert durch die Angst gegenüber einer — zu Recht — weltlich gewordenen Welt. Er beruht nicht auf konservativem Denken, das sich ganz im Gegenteil die Stärkung des Ganzen von der Stärkung der Glieder versprechen müßte. Lucianis Tod hat gezeigt, was man auf der Straße hören konnte: «Die 'Pfarrei', die ihm anvertraut war, ist zu groß.» Die Zukunft der Kirche liegt nicht in aufgeblähten Verwaltungsapparaten. Sie liegt in einer Liebe, die zeichenhaft Gestalt annehmen kann durch den Abbau kirchlicher Macht bis hin zur Ohnmacht, bis hin zum Kreuz, das allein die Christengemeinde trägt.

Die Spiritualität des Machtverzichts hätte nichts Spektakuläres mehr an sich. Papstwahlen hörten auf, Sensationen zu sein. Dafür dürfte eine durch Ohnmacht mächtige Gemeinde Christi wieder als Vorzeichen des nahenden Gottesreiches gelten. Denn dieses kommt «ohne Aufsehen» (Luk. 17, 20).

Die Dynamik der Menschenrechte

Johannes Paul II. hat in seiner ersten Rundfunkbotschaft «alle jene» seiner «Sympathie» versichert, «die unter Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu leiden haben, ob auf wirtschaftlichem, sozialem oder politischem Gebiet, ob es um die Gewissensfreiheit geht oder auch um die gebührende Religionsfreiheit». Die Menschenrechte erscheinen als d a s politische Programm des neuen Papstes. Wem wird es helfen? Den tatsächlich entrechteten Menschen oder nur der «Menschenrechtspolitik» Jimmy Carters, der den Papst gleich nach dessen Wahl zum «Freund» seines Sicherheitsberaters polnischer Abstammung, Zbigniew Brzezinski, erklärte?

Die Frage drängt sich auf, ist aber vermutlich falsch gestellt. Denn Menschenrechte sind nie nur toter Buchstabe, nie nur nach politischer Willkür manipulierbar. Gewiß gibt es einen amerikanischen «Menschenrechtsimperialismus», der mehr in den Bereich der psychologischen Kriegführung gehört, als daß er zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen könnte. Ebenso deutlich erkennbar ist das Bedürfnis der US-Regierung, sich nach dem Morden in Vietnam, nach

Watergate und nach den ruchbar gewordenen Machenschaften des amerikanischen Geheimdienstes CIA wieder den Schein moralischer Legitimität zu verschaffen. Eigenartig berührt auch das Zusammentreffen des Exports von Menschenrechten mit einer expansionistischen Wirtschaftspolitik, die auf eine erhöhte Kaufkraft der breiten Massen vor allem in Lateinamerika angewiesen ist. Dennoch entwickelt die Propagierung der Menschenrechte eine Eigendynamik, die sich nicht eingrenzen läßt, die sich vielmehr auch gegen die Urheber der Propaganda richten kann.

«Opfer» ihrer eigenen Propaganda wird die Regierung der USA zunehmend mehr in der Außenpolitik. Präsident Carter kann die Menschenrechtsverletzungen in Chile, Uruguay oder Argentinien nicht mehr hinnehmen, ohne seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Er kann nicht einmal mehr die mittelamerikanischen Fassadendemokratien stützen, wie das Beispiel Nicaraguas zeigt. Seit 1933 von den Somozas wie eine «Familienhazienda» regiert, weist dieses Land heute eine Analphabetenquote von 70 Prozent und eine Arbeitslosigkeit von 36 Prozent auf, während 1,9 Prozent aller Landeigentümer rund 50 Prozent des Bodens besitzen. Aber — und das ist für die Eigendynamik der Menschenrechte bezeichnend — es war gerade die neue Außenpolitik Jimmy Carters, die dem Volk von Nicaragua neue Hoffnung gab. Je mehr diese Hoffnung durch das Verhalten der Herrschenden betrogen wurde, umso gewalttätiger entlud sich die Enttäuschung. Der Ermordung des Zeitungsverlegers und Sprechers der traditionellen Opposition, Chamorro, folgte im Januar ein erster Generalstreik. Als dieser nicht zum Sturz Somozas und nicht einmal zur Amnestie für alle politischen Gefangenen führte, setzte das Volk seine Hoffnung auf die Guerilleros der Sandinistischen Befreiungsfront, einer seit 1960 bestehenden Bewegung von Linkskatholiken und Marxisten. Diese griff einmal mehr zu den Waffen, wurde jedoch anfangs Oktober durch die 8000köpfige Nationalgarde mit unglaublicher Brutalität zurückgeschlagen. Somoza ließ ganze Städte wie León und Esteli durch Panzer und Artillerie, sogar durch Flächenbombardements der Luftwaffe zerstören. Zurück blieben Tausende von Toten. Das Morden der Nationalgarde hat immer noch kein Ende gefunden. «Ein beliebter Sport bei Razzien auf entlegene Dörfer besteht darin, Bauern in Helikopter zu laden und aus 800 Meter Höhe abzuwerfen.» (TA vom 27. Oktober)

Was tun die USA zur Verteidigung der Menschenrechte in Nicaragua? Sie verzichten zwar auf direkte Waffenlieferungen an den bedrängten Diktator, lassen jedoch die israelische Rüstungsindustrie für Nachschub sorgen. Sie stellen zwar einen IMF-Kredit von 20 Millionen Dollar zurück, pflegen ihre Geschäftsbeziehungen aber gleichzeitig durch eine Ehrenerklärung von 78 amerikanischen Senatoren für Somoza.

Trotzdem fällt es den USA immer schwerer, den Schein zu wahren. Niemand darf es wagen, die Menschenrechte zu propagieren und gleichzeitig als Freund Somozas aufzutreten. Die USA können Somoza nicht mehr halten, weil jedermann weiß, daß nur sie Somoza halten können.

Südkorea, die Philippinen und der Iran sind weitere Staaten, die Carters Menschenrechtspolitik vor der Weltöffentlichkeit einem Test der Glaubwürdigkeit unterziehen. Vor allem das Regime von Schah Reza Pahlewi, das sich seit dem — mit maßgebender Beteiligung des CIA erfolgten — Sturz der Regierung Mossadegh im Jahre 1953 wachsender amerikanischer Unterstützung erfreute, stellt die USA heute vor ein «Dilemma», das die NZZ am 8. November so formulierte: «Wie unterstützt man ein Militärregime in Iran, das mit dem Standrecht regiert, ohne der Menschenrechtspolitik Carters untreu zu werden?» Echt wäre das Dilemma freilich nur, wenn die USA dem Schah aus achtenswerten Gründen beistehen würden. Achtenswert sind jedoch weder die Gründe noch gar die Mittel dieser Hilfe.

Wer die gegenwärtige Militärregierung als «einzige Alternative» hinstellt, da sonst die Umwandlung des Irans in einen schiitischen Traditionsstaat drohe, übersieht, daß es gerade zur Tradition der schiitischen Richtung des Islams gehört, für die unterdrückten Klassen Partei zu ergreifen. Er übersieht auch, daß die Moscheen die letzten Stätten liberaler Meinungsäußerung im persischen Diktaturstaat sind. Die opponierenden Gruppen wollen nichts anderes als die Identität von Staat und Pahlewi-Familie aufheben, um eine demokratische Entwicklung in Gang zu setzen.

Und mit welchen Mitteln unterstützen die USA den Schah? Mit gewaltigen Investitionen, die jedoch nur den Reichtum der ohnehin schon Reichen entwickeln, mit einem Drittel ihres gesamten Waffenexports, mit 40 000 militärischen und zivilen Beratern, unter ihnen Spezialisten für die iranische Sicherheitspolizei (SAVAK) und eigentliche Folterexperten, schließlich mit einem Botschafter, der «Schlächter von Laos» genannt wird, weil er verantwortlich ist für die geheimen Bombardierungen der zivilen Bevölkerung in jenem Land.

Das Massaker vom 8. September, dem «blutigen Freitag», das 3000 Menschen das Leben kostete, ist ein Fanal für die Menschenrechtspolitik der USA. Präsident Carter muß nun entscheiden, was ihm die Menschenrechte wert sind. Es spricht für ihn, daß er die Situation weit weniger gut «beherrscht», als das bei einem — in bloßen Machtkategorien denkenden — Henry Kissinger der Fall wäre. Weiter spricht für Carter, daß er den Schah dazu brachte, dem iranischen Volk freie Wahlen zu versprechen. Eben dieses Versprechen aber hat — zusammen mit den ersten Anzeichen einer Liberalisierung — den schon lange schwelenden Volkszorn zur Entladung gebracht. Aehnlich wie in Ni-

caragua wurden Kräfte frei gesetzt, die sich nun gegen jene kehren, die mit den Menschenrechten ihr machtpolitisches Spiel treiben. Wie lange noch werden die USA diesen Aufstand der Menschlichkeit und der Moral gegen ein korruptes Regime mißachten? Anlaß zur Hoffnung gibt immerhin die Tatsache, daß sich die NZZ am 8. November bereits bemüßigte, «Washington» einen eigentlichen «Defaitismus ... seit der Niederlage in Vietnam» vorzuwerfen.

Nachzutragen bleibt, daß für die Schweiz nicht weniger gilt, was über die Menschenrechtspolitik der USA zu sagen ist. Seit der Bundesrat am 14. Juli dem sowjetischen Botschafter in Bern «das Unbehagen der Behörden und weiter Volkskreise der Schweiz» über die Dissidenten-Prozesse zur Kenntnis gab, muß sich auch unser Land gefallen lassen, daß es innenpolitisch wie außenpolitisch vermehrt an seinen eigenen Maßstäben gemessen wird. Innenpolitisch vor allem in der Fremdarbeiterfrage. Außenpolitisch bei unserem Verhalten gerade auch gegenüber Staaten wie Nicaragua und dem Iran.

Aus Nicaragua liegen Millionenbeträge auf Schweizer Banken. Nestlé ließ sich von Somoza gar eine 300 Kilometer lange Straße bauen, um die Milch besser einsammeln zu können. Ueber die ADELA Investment Corporation profitierten bislang SGB, SKA, Nestlé, Ciba-Geigy, Hofmann-La Roche, Sulzer, Bührle, Volkart und Holderbank von den tiefen Löhnen und den stabilen politischen Verhältnissen, die «der mit einem Präsidententitel ausgestattete Besitzer Nicaraguas» (NZZ vom 24. November) garantierte.

Daß der Schah von Persien nicht nur die Schweizer Alpen zu seinem bevorzugten Urlaubsort, sondern auch die Schweizer Banken zu Häusern seines besonderen Vertrauens erwählt hat, ist ebenso bekannt wie der Export schweizerischer Waffen nach dem Iran, der zur Hauptsache von der Firma Bührle getätigt wird und 1976 unsere Handelsbilanz um 114 Millionen Franken verbesserte. Desgleichen erinnern wir uns an bundesrätliche «Wallfahrten» zum Pfauenthron und an Zusammenkünfte von «Vorort» und Schah im Zürcher Hotel Dolder. Einreiseverbot in die Schweiz hat nicht ein Mörder und Folterer von Tausenden von politischen Häftlingen und ein internationaler Rauschgiftschmuggler noch dazu erhalten, sondern ein mutiger Mahner wie der persische Soziologe und Sozialist Bahman Nirumand, dem die heutige Entwicklung recht gibt. Ist d a s die Menschenrechtspolitik, die der Bundesrat dem Botschafter der UdSSR beliebt machen wollte?

(Fortsetzung folgt im Januarheft)

... da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird ...

(Aus der Präambel zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948)